

# Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 14.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 195.

Preis für Halle und die Bezirke 200 Mark, für die Postbezirke 250 Mark für das Vierteljahr. Die Quittung stellt sich monatlich heraus. — Bei allen Bestellungen sind die Gebühren für den Posttransport zu zahlen. — Die Redaktion ist in Halle, Leipzigerstr. 27. — Telefon Nr. 152.

Zweite Ausgabe

Abgabe für die Provinz Sachsen 20 Mark, für die Postbezirke 25 Mark für das Vierteljahr. Die Quittung stellt sich monatlich heraus. — Bei allen Bestellungen sind die Gebühren für den Posttransport zu zahlen. — Die Redaktion ist in Halle a/S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27. — Telefon Nr. 152.

Donnerstag, 9. Januar 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2. — Telefon-Nr. 11404.

## Die Thronrede.

Aus der Thronrede, mit welcher der Ministerpräsident Graf von Bülow im Auftrage des Königs am gestrigen 8. Januar den Landtag eröffnet hat, geht hervor, daß umfassende gesetzgeberische Arbeiten zunächst nicht zu erwarten sind. Die einzige der in ihr angekündigten Vorlagen, die möglicherweise zu ausgiebigeren Verhandlungen führen wird, ist diejenige über eine anderweitige Gestaltung der Dotationen der Provinzialverbände. Bei gutem Willen der maßgebenden Gruppen im Landtage, und an diesem ist kaum zu zweifeln — wird aber die Herbstsession einer baldigen Verhandlung nicht auf große Schwierigkeiten stoßen.

Eine Überraschung hat die Eröffnungsrede allerdings gebracht, nämlich die Ankündigung einer Vorlage, durch welche für unsere Juristen eine Verlängerung der Studiendauer unter gleichzeitiger Abkürzung des Vorbereitungsstudiums in Aussicht genommen wird. Die Stellungnahme zu diesem Gegenstande wird man vertragen müssen bis zu dem Zeitpunkt, in welchem der Wortlaut des Entwurfs und seine Begründung vorliegt. Die nämliche Zurückhaltung wird man gegenüber dem in Zusammenhang hiermit angeknüpften Plane einer anderweitigen Gestaltung der Vorbereitung für den höheren Verwaltungsdienst beobachten müssen. Denn wenn auch von dem Vorhandensein eines derartigen Planes mehrfach gesprochen worden ist, so sind doch über die Art seiner Ausgestaltung bisher noch keine zuverlässigen Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangt.

In der liberalen Presse hat man in den letzten Tagen von der Behandlung der Kanalfrage in der zu erwartenden Eröffnungsrede gesprochen. Der Wortlaut der bezüglichen Stelle zeigt, daß die daran geknüpften Erwägungen einermäßen überflüssig gewesen sind. Denn er befaßt lediglich das, was bereits lange bekannt ist, nämlich die Staatsregierung an der Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung unserer wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Landeskultur und des Verkehrs schließt. Die konservativen Parteien werden, wenn eine hieran bezügliche Vorlage von Neuem an den Landtag kommt, dieselbe ohne Voreingenommenheit prüfen, und jedes einzelne ihrer Mitglieder wird seine Stellungnahme zu ihr lediglich davon abhängig machen, ob und wie weit sie nach seiner Überzeugung das Interesse der Allgemeinheit zu fördern geeignet ist.

Es war zu erwarten, daß die Eröffnungsrede auch auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart eingehen werde und auf die Verschlechterung, die in der Finanzlage Veranschaulicht sind. Diese Verschlechterung ist jedoch, wie ausdrücklich anerkannt wird, nicht so hart gewesen, daß für die reichhaltigen notwendigen Ausgabeleistungen die erforderlichen Mittel fehlen; durch sie wird auch nicht verhindert, daß neue Ausgaben im Interesse der Landesnotwendigkeit anstandslos geleistet werden können. Daß dem so ist, ist das Verdienst des heimgewandenen Miquel, und wir freuen uns, daß die Eröffnungsrede ihm wenigstens mittelbar Rechnung trägt. Unter allen Umständen wird die Staatsregierung erwarten können, daß die in der Eröffnungsrede angekündigten Maßnahmen zur Beseitigung der üblen Folgen, welche das Darmbedingte zahlreiche Erwerbsweige hat, auch warmes Entgegenkommen bei dem Landtage finden. Dasselbe gilt von ihren Plänen, zur Herstellung von Wohnungen für in finanziellen Verhältnissen bedürftigen Arbeiter und die kleineren Beamten unter Ausdehnung des Kreis der zu Berücksichtigenden weitere Mittel sich bereit stellen zu lassen.

Der Schluss der Eröffnungsrede galt der Vollenfrage. Der Reichstanzler erob hierbei seine Stimme und befandete dadurch, daß gerade diese Sätze besondere Bedeutung haben sollen. In ihnen liegt in der That ein bemerkenswerter Hinweis auf die uns obliegenden nationalen Pflichten. Wir haben zwar mehrfach betont, daß wir jeder kleinlichen Chicanerie nach der Richtung einer Unterdrückung der Mutterprache abhold sind. Um so einschneidender verlangen wir einen Schutz des Deutschthums da, wo es vom Völkerverfall gefährdet wird, und vor allen Dingen ein scharfes Einschreiten gegen staatsfeindliche politische Bestrebungen, und namentlich aus dem in auswärtigen Volkverträgen dazu gesagt wird. Innerhalb und außerhalb der preussischen Grenzlinie wird Jedermann aus dem tiefen Ernste der Erklärung der Thronrede erkennen, daß die Regierung, weit davon entfernt, sich durch das Pronunciamento des Polonismus imponieren zu lassen, sich vielmehr dadurch nur zu umso unbegrenzterer Abwehr veranlaßt sieht und zugleich die deutsche Bevölkerung in jenen Landesheilen und das ganze deutsche Volk zur Mitarbeit aufruft. Mit den Worten, daß das deutsche Volk ein Bürdenträger deutscher Sprache und Sitten als ein Angriff auf die nationale Ehre und Würde empfindet, berührt die Thronrede in der That eine corde sensibile in allen wirklich deutsch fühlenden Herzen, und ihr Appell an den deutsch-nationale Bewußtsein wird die Deutschen innerlich und äußerlich der Dinnark zu der Stärke nationaler Energie erheben, welche das Aufgebot des polnischen Fanatismus zu überwinden im Stande ist.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 9. Januar.

\* **Ueber den feierlichen Akt der Eröffnung des Landtags** ist noch Folgendes mitzuteilen: An demselben Kalendertage wie im Vorjahre wurde am 8. Jan. Mittags der Landtag der preussischen Monarchie, und zwar die vierte Session der laufenden (19.) Legislaturperiode, im Weißen Saale des königlichen Schlosses eröffnet. Zuvor hatte Gottesdienlich stattgefunden, für die evangelischen Mitglieder um 11 Uhr in der Dom-Interimskirche, für die katholischen um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche. Da Se. Maj. den feierlichen Akt nicht in Berlin vollzog, so zeigte der Weiße Saal kein feierliches Gepräge. Der Thronsaal unter dem mit schwarz-weißen feierlich gezierter Baldachin war mit einer goldbordierten Decke von Purpurrotmatt verhußt. Auf der Treppe des Saales lagte die hurburgische Adler-Flagge. Gegen 12 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten in geringerer Zahl als sonst in dem mächtigen Brunnenhof und nahmen im Hofsaal vor dem Thron-Auffstellung. Die Herren waren zum Teil in Frack; nur hier und da bemerkte man Uniformen. Bald um 12 Uhr erschienen die Mitglieder des Staatsministeriums in kleiner Uniform, an ihrer Spitze der Ministerpräsident und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Graf von Bülow, paarweise nach ihrem Dienstherrn: der Minister Dr. v. Tschirn und Schoenstedt, v. Goffler und Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski, Dr. Studt und Staatssekretär Admiral v. Tirpitz, Frhr. v. Rheinbaben und v. Bobbieliski, Moeller und Frhr. v. Hammerstein und nahmen zur Rechten des Thrones Aufstellung. Als bald trat Graf Bülow vor die Thronstufen, verneigte sich vor der Versammlung und verlas die von der „Sall. Ztg.“ bereits im Wortlaut mitgeteilte Eröffnungsrede, zu deren Schluss er den Landtag auf Befehl des Königs für eröffnet erklärte. Sodann brachte der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Kröner, ein briefliches賀 auf Se. Maj., in das die Versammlung begeistert einstimmt. Bald nach 12½ Uhr war der feierliche Akt beendet.

\* **Der Kaiser** hörte am gestrigen Mittwoch Vormittag den Vortrag des Chefs des Civilcabinetts, Virsil. Geh. Raths Dr. von Lucanus.

\* **Auf der deutschen Botschaft in Paris** sind am gestrigen, Mittwoch ein Diner statt, an welchem unter Anderem theilnahmen der Fürst von Monaco, die Gemahlin des französischen Botschafters in Petersburg, Marquise de Montebello, Kriegsminister General Anders, Handelsminister Millerand, der italienische Botschafter Graf Torinese, der Großkanzler der Genesio, General Florentin, der Chef des Militärstaats des Präsidenten, General Dubois, der Generalkonsul de Selnes, der holländische Gesandte v. Eisers, der Gouverneur der Bank von Frankreich, Vallan, der Abbe Paul Dubet, Sohn des Präsidenten, sowie eine Reihe von Damen.

\* **Verkaufsanstalten.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Versteigerung des Schwärzen Adlers-Ordens an den kommandirenden General des hiesigen Landwehrbataillons v. Lindequist. — Der Direktor im Reichsanzeiger, Dr. G. v. G. hat zum Reichsanzeiger ein Schreiben mit dem Betreff „Erweiterung“ erlassen worden. — Der „Sall. Ztg.“ zufolge theilt in einer Bekanntmachung des Bundes der Landwirthe Freiherr v. Loen auf Nieder-Wiesing mit, er werde von Kaiser nach Amerika entsenden, um die dortige Landwirtschaft und ihre Lebensweise zu studieren. Am 28. September v. J. hat der sächsische Gouverneur von Gannow, Dr. v. C., einen mehrentwärtigen Seimatsurlaub angetreten. Seine Stellvertretung übernimmt der kaiserliche Richter Dr. C. S. S.

\* **Im Abgeordnetenhause** ist der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahre 1900 zur Verteilung gelangt.

Die Betriebsergebnisse der preussischen Eisenbahnen belief sich Ende 1900 auf 37 224 Kilometer, davon entfielen 29 967 Kilometer auf Vollpreussische, 486 Kilometer auf Schmalpreussische und 6771 Kilometer auf Kleinbahnen. Von den letzteren waren 4734 Kilometer nebenbahnbahnähnliche Kleinbahnen und 2037 Kilometer Straßenbahnen. Die Staatsbahnen umfaßten 29 600,00 Kilometer. Die Einnahmen der preussischen Staatsbahnen betrugen im Jahre 1900 und 1899 21 Millionen Mark oder 52,6 Millionen mehr als im Jahre 1899. Sie würden sich um 28,9 Millionen Mark gesteigert haben, wenn die Reichspostverwaltung die Leistungen der Eisenbahnverwaltung voll vergütet hätte. Der Betriebsüberschuss belief sich auf 164,2 Millionen Mark oder 65,4 Millionen im Jahre 1899. Die aus dem Betrieb von zusammengefaßten Bahneinheiten erzielte Einnahme belief sich auf 25,1 Millionen Mark gegen 22,2 Millionen im Vorjahre, die Einnahme aus den Postarten 3,3 Millionen gegen 2,9 im Vorjahre.

\* **Gegen die polnischen Ausschreitungen.** Nach dem „Pol. Tagebl.“ wird die Verlegung je eines Bataillons Infanterie nach Schrimm und Wreschen erfolgen. Diese Verlegung wird von maßgebender Seite mit dem Einverständnis befaßt, daß sofort mit der Errichtung von Baracken begonnen wird und daß nach deren Fertigstellung voraussichtlich die Verlegung erfolgen dürfte. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, eine Interpellation wegen der polnischen Ausschreitungen einzubringen. Die Interpellation lautet: Welche Maßregeln beabsichtigt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um den Worten der Thronrede gemäß in den hiesigen Provinzen dem Deutschthum die politische wirtschaftliche Stellung zu

erkhalten, worauf es durch seine lange, unter der weisen Führung der hochverehrlichen Fürsten geleistete Kulturarbeit gerechten Anspruch erworben hat, das Deutschthum zu pflegen, staatsfeindliche Bestrebungen abzuwehren und das Juridictorien der deutschen Sprache und Sitten zu verhüten?

\* Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat ihren alten Vorstand wiedergewählt. \* **Sensationsfälle** für das Herrenhaus. Der im Herrenhaus wieder eingegangene Gesetzentwurf betreffend die Umfassung von Grundstücken in Frankfurt a. M. hat die größte, die ihm durch die Beschlüsse des Hauses in der vergangenen Sitzung gegeben ist. — Dagegen hat der Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Schonzeit für das schottische Wollwirth die ursprüngliche Form wieder erhalten. Das Herrenhaus hat bekanntlich im vorigen Jahre das Negativ „Schottisch“ gestrichelt. Durch die Wiederherstellung der Regierungsvorlage soll die Schonzeit auch auf Schweißwolle ausgedehnt werden.

\* **Zum Arbeitermangel auf dem Lande** hat im Herrenhause Graf Schlieben eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingebracht:

Ist es der Kgl. Staatsregierung bekannt, daß ein nicht unerheblicher Theil der Arbeiterfamilien, die im letzten Decennium aus den hiesigen Provinzen der Monarchie nach dem Westen verzogen sind, den dringenden Wunsch hegen, in ihre frühere Heimath zurückzukehren, aus Mangel an Mitteln hierzu jedoch nicht im Stande sind? — Ist die Kgl. Staatsregierung bereit, solchen Familien zur Rückwanderung beihilflich zu sein?

Zur Beantwortung der Ueberlieferung des Verzeichnisses in der Reihe der allgemeinen Bauverwaltung mit dem in den übrigen Referats angewandten, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß in allen Fällen, in denen Beamte unter Zurücklassung ihrer Dienstverpflichtungen oder eines Theils von diesen beurlaubt werden, der volle zurückgebliebene Betrag der Gehalts (Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß), nicht nur das Mindestgehalt und der Wohnungsgeldzuschuß zur Deduktion der Kosten der Stellvertretung zu verwenden ist. In allen anderen Fällen soll nur der Mindestbetrag des Gehalts der betreffenden Beamtenklasse und der Wohnungsgeldzuschuß der Stelle der Nummernierung der Stellvertreter benutzt werden.

\* **Aus Birtensberg.** Der Reichstag der Reichsanzeiger nahm einstimmig einen Antrag an, der dankbar das Einheitsmahren-Verbreiten anerkennend als eine Maßregel, die geeignet ist, im geschäftlichen wie im politischen Verkehr der gesamten Bevölkerung beider Reichsteile eine lang ersehnte Vereinfachung und Erleichterung herbeizuführen.

\* **Der australische Zwischenfall.** Aus Sydney, 7. Januar, wird gemeldet: Richter Stephen hat heute der Verurteilung des Capitains des Lloyd-Dampfers „Prinzregent“ gegen das U.S. Schiff, durch welches dieser wegen Verletzung der jamaikanischen Seelage auf der Fahrt von Melbourne nach Sydney in eine Geldstrafe von 10 Pfund verurteilt worden, stattgegeben und eine Verurteilung erlassen, durch welche der Kaiser, d. h. die australische Regierung, aufgefordert wird, die Gründe anzugeben, weshalb die Verurteilung des Capitains nicht angefochten werden sollte.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

1. Sitzung vom 8. Januar, Nachm. 2 Uhr.

Im Ministerische: Frhr. v. Rheinbaben, v. Bobbieliski Das Haus ist hart besetzt.

Präsident v. Kröner: Ich eröffne die Sitzung, indem ich Sie bitten, den Reichsanzeiger zu geben, die uns gegenüber Er. Majestät dem König erlassen und einzuzeichnen in dem: Se. Majestät unter allergnädigster König und Herr lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal lebhaft in den Ruf ein.) Im verflochtenen Sommer hat unter Kaiserthum und das ganze Land ein schwerer Versuch getroffen. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Friedrich, die erlauchte Mutter unseres Kaiserthums, ist am 6. August v. J. nach schweren Leiden heimgewandten. Ich habe nicht für gerecht oder vielmehr verpönt gehalten, Er. Majestät in Ihrem Namen die innigste Teilnahme des Abgeordnetenhauses auszudrücken. (Beifall.) Se. Majestät der Kaiser hat mir für diese Teilnahme telegraphisch den herzlichsten Dank ausgesprochen. Ich habe die Ehre gehabt, in Ihrer Vertretung an der Leichenschau zu Theilnahme theilzunehmen und auch im Namen des Abgeordnetenhauses einen Kranz auf dem Sarge der hohen Verstorbenden niederzulegen. Auch hierfür ist mir der kaiserliche Dank übermittelt worden. Präsident v. Kröner dankt weiter des Hiesigen Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Louise v. Preußen. (Die Abgeordneten hören auch diesen Ausdruck lebhaft an.) Darauf erntet Präsident v. Kröner zu Schriftführern für die heutige Sitzung die Abg. Im Walle, Weyersbach, Hütgens und von Mohr und schließlich als Tagesordnung der nächsten Sitzung vor: Reichstagsantrag, Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. 9 Uhr 20 Min.

Herrenhaus.

1. Sitzung am 8. Januar.

Im Ministerische: Moeller, v. Bobbieliski, Frhr. v. Rheinbaben, Frhr. v. Hammerstein, Schoenstedt. Präsident Freiherr v. Wanteuffel eröffnet in Vertretung des wegen Krankheit am Eröffnungs-Verhandlungen zu Theil die Sitzung mit folgender Mitteilung: Meine Herren! Ich erntet unterem letzten Zusammenhine hat ein tiefstehendes Ereignis Ihre Exzellenz über Se. Majestät, über das ganze Königshaus und über das in treuer Liebe unermesslichen Herrscherhause zugehauene Vaterland gebracht. Das lange, schwere Leiden Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich endete am 6. August ein jammer. Zum Abschied kam aus dem Leben, das jederzeit allem Völkern zugänglich war, welches unermüdetlich hat in der Anregung und Förderung von Werken christlicher Liebe, wie namentlich auch auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft. Aber nicht nur dieser hohen Vorsätze wegen wird das Vordere diefer erlauchter Herrscherin im Hofe





